Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit.

Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — **Abonnementspreis:** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Gotha. Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare a 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren a 1 Mk. 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt" steht in der Postzeitungs-Preisliste unter Nr. 7114. — **Inserate** werden mit 25 Pf. die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33⅓ Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 2 — **Gotha, 11. Januar** — **1903**

An die Kollegen!

Mit der heutigen Nummer versenden wir an alle Orte die statistischen Bogen zur Erforschung der Lebenslage unserer Kollegenschaft. Löhne und Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Durchschnittsverdienste, Ernährungs- und Wohnungsweise sollen gründlich und wahrheitsgemäß ans Licht gebracht werden, um der schönfärberischen Tendenz unserer Fabrikantenpresse den Spiegel vorzuhalten, in welchem sie das der Wahrheit und Wirklichkeit entsprechende Bild erkennen soll.

Es gibt für uns keine nützlichere Waffe im Kampfe für bessere Lebensbedingungen als die ungeschminkten statistischen Zahlen über die Lebenslage der Kollegenschaft. An diesen Zahlen bricht die Schönfärberei zusammen und tritt klar und deutlich die Berechtigung einer allgemeinen Aufbesserung der Lebensbedingungen der in der Schuhindustrie und dem Gewerbe Thätigen hervor.

Da soll klargestellt werden wie hoch der Lohn ist, in welcher Zeit derselbe verdient wird, wieviel Ueberstunden und wieveil arbeitslose Stunden vorkamen, wieviel Arbeit mit nach Hause genommen wurde, wieviel Frauen und Kinder mit verdient haben und wieviel von dem Lohn für Fournituren 2c. abgeht u. s. w.

Wir wissen, daß wenn jeder Kollege und jede Kollegin die reine lautere Wahrheit niederschreibt, was sicher im Interesse der Gesamtheit allgemein geschieht und geschehen muß, die Schönfärberei von den hohen Löhnen und der guten Lebensweise, die sogar bei den deutschen Schuhmachern besser sein soll als bei den amerikanischen Schuhmachern, elend abgeführt wird.

Kollegen! Bei der großen Bedeutung, die die statistische Erhebung für unsern Beruf hat, erwarten wir, daß jeder Kollege und jede Kollegin sich daran beteiligt und die Bogen wahrheitsgemäß ausgefüllt uns sobald als möglich, **spätestens aber bis zum 20. Januar einsendet.**

Vor allem ermahnen wir die Kollegen, nicht aus falscher Scham höhere Löhne anzugeben, wie es früher thatsächlich vorgekommen ist.

Kollegen und Kolleginnen! Seid euch eingedenk der Wichtigkeit des Vorhabens und füllt die Bogen klar und deutlich aus, ohne der Wahrheit etwas zuzusetzen oder zu verschweigen. Pünktlich müssen auch die Bogen an uns eingeliefert werden.

Erfüllt eure Pflicht, es liegt in eurem Interesse!

Mit kollegialem Gruß

Die Redaktion des „Fachblatt".

Teile und herrsche.

Die gegenwärtige Sozialistenhetze.

Das Hauptorgan für Volksausplünderung, Volksknechtung und Reaktion, die Berliner „Kreuzzeitung", hat vor einigen Monaten anläßlich des christlichen Gewerkschaftskongresses geschrieben:

„Hält man sich von überschwänglichen Hoffnungen frei, so kann man allerdings auf Grund nüchterner Erwägungen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Organisationsbedürfnis der Arbeiter heute ein allgemein herrschendes und auch allgemein verständliches ist und daß, um den sozialdemokratischen, religions- und vaterlandslos geleiteten Gewerkschaften ein irgendwie wirksames Paroli bieten zu können, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf paritätischer Grundlage mit allem Eifer betrieben und nachdrücklich unterstützt werden muß. Selbst für denjenigen, der kein Freund der Organisation der Arbeiter ist, muß hier der maßgebende Grundsatz zur praktischen Geltung gelangen: divide et impera. (Teile und herrsche.)"

So offen sind die Arbeiterfeinde selten, namentlich in ihrer Presse. Ganz offen und zwar mit einer brutalen Offenheit, wie sie nur im Jahre 1878 während der infamen Sozialistenhetze erlebt worden, wird seit Wochen von einem Teile der deutschen Unternehmer, an der Spitze natürlich die berüchtigsten Scharfmacher, nach dem perfiden Herrschaftsgrundsatze der Römer „teile und herrsche" gehandelt, indem unter Anwendung der verwerflichsten Gewaltmittel die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie loszureißen gesucht wird. Man will die Arbeiter parteipolitisch vergewaltigen und knechten, zu Heloten machen und das Arbeitsverhältnis womöglich überall so feudal gestalten, wie im Königreich Krupp und seinen verschiedenen „Provinzen". Rücksichtslos und gewissenlos, unter elendem Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht ist in den letzten Wochen tausenden von Arbeitern seitens zahlreicher Fabrikleitungen Gewalt angethan, ihre soziale und politische Ueberzeugung mit Füßen getreten und sie zur Beteiligung an Kundgebungen gezwungen worden, die im schroffsten Gegensatz zu ihrem Denken und Empfinden standen. Wer dem brutalen Kommando sich nicht fügte, wurde arbeitslos und verdienstlos auf die Straße geworfen und dieses Schicksal passierte, wie in Magdeburg, Arbeitern nach 20- bis 25jähriger, treugeleisteter Arbeit, nachdem sie ein Menschenalter hindurch zur Vermehrung des Reichtums ihrer „Brotgeber" im Schweiße des Angesichts sich für geringen Lohn abgerackert hatten. Das ist der Dank des Kapitals, der Dank des Geldsacks an die Arbeiter.

Selbst einem so gut gesinnten Blatte, wie der „Sozialen Praxis" erscheint diese infame Hetze gegen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als durchaus verwerflich. „Wer es auch immer sei, der Arbeiter wider ihren Willen zur Unterschrift unter Loyalitätsadressen nötigt, der lädt eine schwere Verschuldung auf sich: Um sich in ein gutes Licht zu setzen, täuscht er den Kaiser, fälscht die öffentliche Meinung und versündigt sich schwer an den Arbeitern. Schon wird von Fällen berichtet, wo nicht nur durch Androhung von Nachteilen Unterschriften erzwungen sind, sondern auch die Verweigerung der Unterzeichnung mit Entlassung bestraft worden ist. Wir können uns kaum etwas Verächtlicheres und Schädlicheres denken, als dies frivole Gebahren. Der Arbeiter hat das freie Recht politischer Ansicht und Meinung ebenso gut wie jeder andere Bürger und der Arbeitsvertrag gibt dem Unternehmer kein Recht auf die Ueberzeugung der Arbeiter. Jeder Zwang und Druck in dieser Richtung muß Erbitterung, Haß und Verachtung wecken. Und unter den heutigen Verhältnissen, wo Arbeitsmangel, Lohnschmälerung, Preissteuerung und Kälte das Los der Arbeiter besonders hart gestalten, ist es ein doppeltes Verbrechen, diese Notlage zu benutzen, um Kundgebungen zu erpressen, die der Wahrheit zuwiderlaufen. Wer die Kaiserrede in dieser Weise ausbeutet, ist der wirksamste Agitator der Sozialdemokratie und es thut wahrlich not, daß gegen solchen Unfug ein ernstes Mahnwort erschallt." Das sind durchaus ernste und beachtenswerte Worte — ob sie aber geeignet sind, den Orgien der entfesselten Kapitalsbestie Einhalt zu thun?

In dem gleichen Artikel wird von der „Sozialen Praxis" darüber geklagt, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen — die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die kaufmännischen Verbände, die großen süd- und westdeutschen Eisenbahnervereine —, die insgesamt mehr als 600 000 Mitglieder zählen und daher der Stärke der „unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Gewerkschaften etwa gleichkommen", an leitenden Regierungsstellen nicht in dem Maße gewürdigt werden, wie es ihr ziffernmäßiger Umfang und ihre innere Kraft fordern dürfen. Diese Klage ist sehr interessant und lehrreich, wenn sie auch nichts neues enthält. Die genannten und noch andere nichtsozialdemokratische Arbeiterorganisationen haben in den Augen ihrer Hintermänner nur die Aufgabe, gegen die sozialdemokratischen Vereinigungen als Sturmböcke zu dienen, ihrer weitern Ausbreitung und Stärkung Hindernisse in den Weg zu legen, in die Reihen der Arbeiterschaft Zank und Zwietracht zu tragen, sie so zu teilen und dadurch den Gegnern zu ermöglichen, mit Leichtigkeit alle Arbeiter zu beherrschen, auszubeuten und niederzuhalten.

Diese Aufgabe ist natürlich ungelöst, so lange die sozialdemokratische Bewegung noch besteht, blüht und gedeiht und darum haben jene „gutgesinnten" Organisationen auch noch immerfort das Handwerk der Verhetzung und Entzweiung auszuüben. Die bürgerlichen Politiker, die diese Organisationen offen als Leithammel am Gängelbande führen, wie z. B. Max Hirsch die Gewerkvereine, oder dieses Geschäft als heimliche Drahtzieher hinter den Koulissen besorgen, wie die Ultramontanen in den christlichen Gewerkschaften, wissen die hier vereinigten Arbeiter in der Regel von ernsterm Thun, von kraftvollem sozialem Streben und Wirken zurückzuhalten und darum legt ihnen auch niemand größere Bedeutung und Wertschätzung bei.

Treten sie aber auch in den sozialen Kampf ein, geraten sie in Konflikt mit dem Unternehmertum, so werden sie ebenso beurteilt, gehaßt und bekämpft, wie die „sozialdemokratischen" Gewerkschaften. Hat doch Stumm die christlichen Gewerkschaften als noch schädlicher bezeichnet, wie die sozialdemokratischen; haben doch die ultramontanen Politiker den unter Wiebers Leitung stehenden christlichen Metallarbeiterverband aus ihren Reihen ausgeschlossen und hat nicht minder Max Hirsch die Düsseldorfer Unzufriedenen in Acht und Bann gethan. Es sei ferner an die vor Jahren stattgefundenen Kämpfe der Reichspostverwaltung gegen die Pöstler-Organisationen und ihre Zeitung erinnert, an die Maßregelungen und Verfolgungen, sobald sie ihre Aufgaben ernst nahmen und sich um Abstellung von Mißständen, um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse bemühten. Gegen die thatkräftigen Organisationen der Eisenbahner wurde von den Staatsbahnverwaltungen in gleicher Weise vorgegangen. Diese Verfolgungen und Unterdrückungen waren fast auf der ganzen Linie erfolgreich, die Thatkraft in den Organisationen erlahmte und was heute mit wenigen Ausnahmen noch besteht, sind bloße Unterstützungs- und Geselligkeitsvereine, die als soziale Organisationen kaum noch mehr in Betracht kommen; sie gleichen kastrierten Männern, die niemanden imponieren; sie genießen ein platonisches Wohlwollen der Behörden, das sich in Worten erschöpft, aber nicht zu Thaten verdichtet. Nur Kampforganisationen, welche fordern und bereit sind, zu kämpfen und die man daher trotz des herrischen Unternehmertums bis zu einem gewissen Grade fürchtet, zählen beim Unternehmertum wie bei den Regierungen. Das ist das Geheimnis des Zustandes, den die „Soziale Praxis" beklagt.

Die plutokratische, kapitalistische Politik, wie sie soeben die bürgerlichen Parteien und die Regierung mit der gewaltsamen Durchzwingung des Wuchertarifes befolgten, ist aber sehr geeignet, den geschilderten Zustand zu verschieben, aber weder zur Freude der „Kreuzzeitung" noch der „Sozialen Praxis". Sowohl die katholischen Arbeiter wie die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine rebellieren, sie rücken hörbar nach links und machen sich los von Leuten, welche nur einseitig die Interessen der besitzenden Klassen vertreten, die Interessen der Arbeiter aber mit Füßen treten Sie rücken nach links, weil die sozialdemokratische Partei neuerdings im Kampfe gegen den Wucherzoll sich als die einzige zuverlässige Volkspartei, als die Arbeiterpartei erwiesen hat, die mit wahrem Löwenmut und großem Geschick die Interessen der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter verfochten hat. Graf Posadowsky, der im Januar 1902 im Reichstage die Sozialdemokratie als eine — sie ist aber die — Arbeiterpartei erklärte, hat so neuerdings die Wahrheit dieser Worte kennen gelernt.

Diese kraftvolle Vertretung der Interessen der Arbeiter durch die Sozialdemokratie ist der Hauptbeweggrund der jüngsten wie der frühern Hetzen gegen sie. Der Name ist dabei selbstverständlich Nebensache, denn die Arbeiterpartei, welche solche Thätigkeit entfaltet, zieht sich den tödlichen Haß der besitzenden und herrschenden Klassen zu, auch wenn sie sich konservativ, ultramontan, nationalliberal oder freisinnig benamsen würde. Das Lostrennen der Arbeiter von der Sozialdemokratie würde daher das Aufgeben der bisherigen Bestrebungen, der Verzicht auf die näher und fernerliegenden Ziele, die Entfaltung einer kraftvollen Thätigkeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete sein. An ihre Stelle könnte nur die Harmonie der Arbeit und des Kapitals — des Lammes und des Wolfes — treten, die gleichbedeutend mit Stillstand in der Entwickelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik wäre. Unter-

Defizit, zu dessen Deckung eine wöchentliche Beitragserhöhung um 50 Pfg. notwendig wäre. Auch die Verwaltungsstellen Bamberg, Bruchsal und die meisten Verwaltungsstellen der 19. Wahlabteilung arbeiten mit teilweise erheblichem Defizit. Wir vermögen an diejenigen Verwaltungsstellen, welche immer mit Ueberschüssen arbeiten, nicht das Ansinnen zu stellen, daß sie für die Verwaltungsstellen, die fortgesetzt mit Defizit arbeiten, durch Erhöhung der Beiträge noch mehr belastet werden.

Wenig verständlich ist es, daß Jaffke fortgesetzt persönlich angerempelt wird. Im Eifer scheint man nicht begreifen zu können, daß es sich bei Streichung des § 12 Abs. 3 nicht um einen Antrag Jaffke, sondern um einen solchen des Vorstandes handelt und daß Jaffke nur die Ansicht des Vorstandes vertreten und damit seine Pflicht erfüllt hat.

Nun hat die Verwaltungsstelle Delitzsch den übrigen Verwaltungsstellen einen Antrag zur Unterschrift unterbreitet auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Tagesordnung: Wiederherstellung des § 12, Abs. 3. Wir müssen von vornherein erklären, daß, selbst wenn dieser Antrag die nötige Zahl von Unterschriften erhalten sollte, wir demselben dennoch keine Folge geben können, weil der Antrag, nach welchem das Statut geändert werden soll, gesetzwidrig ist und daher die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht finden wird. Dies hätte man auch in Delitzsch wissen müssen, wenn man das Stuttgarter Protokoll, Seite 23, gelesen hätte. Wenn den doppelt Versicherten ein Ersatz für Arzt und Arznei gewährt werden soll, so kann das nur in der Richtung geschehen, daß ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes mehr an Krankengeld gewährt wird. Eine Abänderung des Statuts nach dieser Richtung ist den Mitgliedern zur Unterschrift aber nicht unterbreitet. Es ist dies auch selbst bei einer Beitragserhöhung von 5 Pfg. pro Woche nicht durchzuführen. Wie in dem Bericht des Vorstandes dargethan, ist schon bei Beibehaltung des jetzigen § 12, Abs. 2 — der aber aus gesetzlichen Gründen nicht beibehalten werden kann — eine Beitragserhöhung von mindestens 5 Pfg. erforderlich. Das eine Viertel verursacht aber bedeutend höhere Belastung. Ein Beispiel: Nehmen wir die 3. Klasse als die Mittelklasse. Diese ist maßgebend bei einem Tagelohn von 2,40—2,85 Mk. Es wäre hier an Krankengeld zu zahlen 1,50 Mk. und ein Viertel von 2,40—2,85 Mk. = 60—73 Pfg. = 2,10—2,28 Mk. pro Tag = 12,60—13,68 Mk. pro Woche oder ein Durchschnittskrankengeld von 12,99 Mk. Bei 5 Pfg. Erhöhung würde der Beitrag 40 Pfg. betragen. Will man denn wirklich behaupten, daß bei den heutigen Verhältnissen bei 40 Pfg. Beitrag und 12,99 Mk. Krankengeld die Kasse existenzfähig ist? Dieser Satz gleicht der 4. Klasse des jetzigen § 12, Abs. 3, d. h. bei 5 Pfg. Beitragserhöhung mit ein Viertel mehr Krankengeld würden wir uns in derselben Finanzlage befinden, wie bei dem jetzigen § 12, Abs. 3 ohne Beitragserhöhung, also mit Defizit arbeiten. Es müßte also eine Beitragserhöhung um 10 Pfg. pro Woche erfolgen, die selbst die Delitzscher Mitglieder zu zahlen wohl nicht bereit sind. Bevor man so schwerwiegende Schritte wie Einberufung einer Ertrageneralversammlung unternimmt, die der Kasse mindestens 3000 Mk. Unkosten verursacht, sollte man sich doch auch klar darüber sein, was man will und nicht mit Dingen kommen, die gesetzlich unzulässig oder nicht durchführbar sind.

Hiernach ersuchen wir die Mitglieder, bevor sie einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung unterschreiben — der Antrag Delitzsch ist wegen seiner gesetzwidrigen Tagesordnung überhaupt unzulässig — sich die Sache genau zu überlegen und zu erwägen, ob sie lieber 10 Pfg. pro Woche mehr Beitrag zahlen, oder es lieber bei dem Stuttgarter Beschluß belassen wollen.

Der Vorstand.

Mitteilungen.

Herzogenaurach. Veranlaßt durch den Beschluß der Zahlstellen der 19. Wahlabteilung, sowie durch die jetzt in Umlauf befindlichen Formularen, welche bezwecken sollen, nach § 27 des Statuts der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher den Hauptvorstand zu veranlassen, sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um daselbst die Wiederherstellung des frühern § 12 Abs. 3 zu bewirken, erachtete es die Zahlstelle Herzogenaurach für ihre Pflicht, sich wiederholt mit dieser Angelegenheit zu befassen, denn wenn eine jede Zahlstelle die oben erwähnte Statutenänderung sofort, nachdem der Hauptvorstand diese im „Fachblatt" bekannt gab, richtig und sachlich beraten hätte, so hätten sämtliche Zahlstellen zur Generalversammlung den Antrag stellen sollen, die Generalversammlung möge den Antrag des Hauptvorstandes, welcher sich auf § 12 Abs. 3 bezieht, verwerfen, wie es auch die Zahlstelle Herzogenaurach gethan hat, oder die Zahlstellen hätten ihre Delegierten verständigen sollen, für die Beibehaltung des Absatzes 3 im § 12 einzutreten. Daß dieses nicht geschah, beweist, daß 30 Delegierte für und 4 Delegierte gegen den Antrag stimmten. Hätte man unser Verfahren eingeschlagen, so wäre der Antrag des Hauptvorstandes zu Fall gekommen. Nachdem dies nicht geschehen, müssen wir ganz entschieden gegen die bis jetzt gebrachten Resolutionen protestieren und erklären uns öffentlich für Anerkennung der neuen Statuten. Die Zahlstelle Herzogenaurach will sich nicht durch diese Urabstimmung ein Zeugnis ausstellen, daß sie einen Antrag des Hauptvorstandes, der länger als vier Wochen vor der Generalversammlung schon bekannt war, nicht verstanden hätte und will auch die Delegierten, welche zur zehnten Generalversammlung berufen waren, nicht in die unangenehme Lage bringen, als wenn sie bloß den Wünschen des Hauptvorstandes nachgegangen wären.

Köln. Wir fühlen uns genötigt, die Mißstände der Rheinischen Schuhfabrik im „Fachblatt" zu kritisieren. Seit dem Bestehen des Betriebes (März 1902) war es nicht möglich, Ordnung zu schaffen. Die Löhne sind als die niedrigsten im Rheinlande zu bezeichnen. Dieses haben wir allerdings dem Werkmeister Füßgen zu verdanken, denn die Herren der Fabrik hatten keine Ahnung von der Fabrikation. Kommt da ein hergeschneiter Werkmeister in die neue Fabrik, der leider auch wenig Ahnung von einem geordneten Betriebe hat, und hält den Kollegen die Pirmasenser und M.-Gladbacher Löhne vor mit dem Bemerken, daß hier zu hohe Löhne bezahlt würden, verlangte aber die Arbeit stets so, wie sie in Frankfurt und Mainz hergestellt wird. Es werden hier meistens gewöhnliche Artikel fabriziert. So stehen die Herren-Artikel auf 34 und 35 Pf., Halbschuhe 32 Pf., Damen-Artikel 26 und 27 Pf. Diese Löhne hat der Werkmeister hier eingeführt, dazu kommt noch, daß, als kaum vier Zwicker da waren, er, um die Arbeiter zu drücken, die Kommissionen von 12 bis 18 Paar auseinandernahm und sie unter die Zwicker verteilte, dabei richtete er es so ein, daß man öfters Stunden lang warten konnte, bis man seine Sachen beisammen hatte. Heute ist es auch mitunter nicht besser. Bei einem damaligen Auftreten der Zwicker wurde der Werkmeister von seinem Posten suspendiert, an die Bimsmaschine gestellt und war eine Null in der Fabrik. Jetzt, wo es wieder an Material und Schäften fehlt, verduftet der Werkführer Herr Schallenberg immer. In welche Lage kommen die meisten verheirateten Leute ihren Familien gegenüber? Es ist thatsächlich schon vorgekommen, daß Frauen ihren Männern vorgeworfen haben, sie wären zu faul zum arbeiten. Endlich sind die Kollegen durch das Vorgehen der Firma aufgestachelt worden. Kürzlich wurde den Kollegen ein junger Mann von Herrn Schallenberg mit folgenden Worten vorgestellt: Hier stelle ich euch Herrn Kellendong vor, dessen Anordnungen hat sich jeder zu fügen. Dasselbe wurde auch dem Werkmeister unter die Nase gerieben. Unter großer Verwunderung wurde diese Erklärung angenommen. Gleich von Anfang wurde, wenn Ware im Maschinenraum defekt wurde, diese von den Zwickern unentgeltlich repariert. So kam ein Arbeiter von der Glättmaschine und brachte einem Kollegen einen defekten Stiefel mit den Worten: Hier den mußt du machen und weiter hast du nichts zu sagen. Umsonst schaffen und dann noch die Ungebührlichkeit des Glätters, dies brachte den Kollegen in Zorn und er warf den Stiefel bei seite. Nun kam plötzlich der vorgestellte Herr Kellendong und spuckte den 38 Jahre alten Zwicker mit schreiender Stimme die Worte ins Gesicht: Wollen Sie die Arbeit machen oder nicht? Sie dummer Kerl. Als der Kollege fragte ob das bezahlt würde, erhielt er zur Antwort: Das geht Sie nichts an. Nach dem nun folgenden heftigen Wortwechsel kündigte der Geschäftsführer dem Kollegen die Arbeit. Ein starker Groll herrscht hier unter den Arbeitern. Es ist Thatsache, daß hier, wie fast überall, die Arbeiter gebildeter und höflicher sind als die Fabrikanten.

Neustadt (O.-Schl.). Seit langer Zeit ist in dem Zwicksaal bei Herrn Max Bösel stark gegen die guten Sitten der Gesundheit gearbeitet worden, so daß sich die Zwicker veranlaßt sahen, sich zu vereinigen, um später Front dagegen zu machen. Mehrmals beauftragte der Gewerbeinspektor bei der Besichtigung Herrn M. Bösel mit der Beseitigung verschiedener Mißstände, aber es kümmerte sich kein Mensch darum. Eines Tages ließ sich der Gewerbeinspektor berichten, ob Abhilfe betreffs der Dampfheizung geschaffen sei. Herr Bösel beauftragte nun seinen Buchhalter zu berichten, daß die Zwicker die Aenderung nicht wünschten, und doch ist diese höchst notwendig, da es schon vorgekommen ist, daß ein Zwicker vor Hitze in Ohnmacht fiel. Herr Bösel stellt fortwährend junge Burschen unter 16 Jahren ein, die die alten Zwicker anlernen sollen. Ein Plakat nach dem andern, die Verordnungen enthalten, wird angeschlagen, die Arbeiter werden aber gar nicht gefragt. So soll derjenige mit 50 Pf. bestraft werden, der 5 Minuten nach dem Ertönen der Dampfpfeife noch nicht thätig ist. Nun haben aber verschiedene Zwicker einen acht Kilometer weiten Weg zurück zu legen und ist es da leicht denkbar, daß dieselben manchmal bei dem besten Willen nicht pünktlich zur Stelle sein können. Wer zu spät kommt, der wird einfach notiert und bestraft. Der Kollege Langer wurde mit 25 Pf. gestraft, ohne daß ihm mitgeteilt wurde warum, welches laut der Fabrikordnung unzulässig ist und worüber es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Zwickmeister Vogel kam, der ihm zurief, daß wenn er noch die große Schnauze habe, werde er rausgeschmissen. Dies empörte sämtliche Arbeiter und erklärten sie sich solidarisch, für die Abstellung dieser Behandlungsweise der Arbeiter eintreten zu wollen. Während nun Kollege Müller dieserwegen mit dem Zwickmeister Rücksprache nahm, kam Herr Bösel hinzu und fragte was hier los wäre, wir sollten machen, daß wir an unsere Plätze kämen, die Rädelsführer werde er schon raus besorgen. Der Zwickmeister versprach für Ordnung zu sorgen und so betrachteten wir die Sache für erledigt. Aber leider wurde Kollege Langer gekündigt. Hierauf wurde sofort eine Versammlung einberufen, in der beschlossen wurde, durch eine Kommission beim Fabrikanten vorstellig zu werden. Trotz aller Versuche kam es zu keinem günstigen Resultat. Am Dienstag, den 15. Dezember früh wurden die Kollegen Müller und Buchsch auf das Kontor gerufen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß sie entlassen wären. Auf die Frage nach den Gründen, erklärte Herr Bösel, daß ihm das Recht zustehe Aufwiegler sofort zu entlassen. Sie halten nach außen hin Versammlungen ab, ohne meine Genehmigung, wenn er uns noch länger behielte, stellten wir die Bude auf den Kopf, dann spielten die Arbeiter Fabrikant und er Arbeiter. Der Kollege Müller machte ihn darauf aufmerksam, daß wir unser Recht vor Gericht suchen würden, worauf Herr Bösel meinte, wir sollten nur ruhig hingehen, da würde er uns schon hinstellen was wir für Leute sind. Während dem hatten wir schon das Handwerkszeug und die Sachen ins Kontor bekommen und durften an unsere Arbeitsplätze nicht mehr zurückkehren, wo wir Jahre lang gearbeitet hatten. Der Verhandlungstermin fand bereits am 17. Dezember statt, wo Herr Bösel mit dem Werkmeister Schweter und dem Zwickmeister Vogel zur Stelle war. Die Herren Meister haben wohl nicht geahnt, daß die Kläger darauf dringen würden, daß sie erst vereidigt würden, bevor sie Aussagen machten. Auf die Frage des Vorsitzenden an die beiden Meister, was sie gegen die Kläger vorzubringen hätten, erzählten sie allerlei von andern Kollegen, so daß der Vorsitzende sie darauf aufmerksam machen mußte, daß es sich hier nur um die beiden Kläger handle, worauf die beiden Herren erklärten, daß sie gegen diese nicht das Geringste aussagen könnten. Als darauf Herr Bösel den Vogel veranlassen wollte gegen die Kläger Stellung zu nehmen, äußerte er sich nochmals dahin, daß er gegen die beiden nichts aussagen könne. Der Herr Vorsitzende versuchte eine Einigung dadurch herbeizuführen, daß er Herrn Bösel zuredete, die beiden Leute wieder einzustellen oder andernfalls bezahlen solle was die Kläger beanspruchen, da es doch Familienväter seien, die so gesetzwidrig vor den Feiertagen die Straße gesetzt würden. Herr Bösel erwiderte, daß er dies nicht könne, denn der Müller beschäftige sich zu sehr mit der Sozialdemokratie und sei ein Aufwiegler. So blieb dem Herrn nichts weiter übrig, als daß er jedem 20 Mk. auszahlen mußte. Auch Kollege Herrmann aus Berlin versuchte vergeblich durch gütliche Verhandlungen eine Einigung herbeizuführen. — Die hiesigen Kollegen wollten nicht eher nachgeben, als bis die Gemaßregelten wieder eingestellt würden, mußten jedoch schließlich in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse davon abstehen und wurde in der am Mittwoch, den 24. Dezbr. abgehaltenen Versammlung eine dementsprechende Resolution angenommen.

Pirmasens. In der Volksgartenhalle fand am Sonntag Nachmittag eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich in der Hauptsache mit der Errichtung eines lokalen Streikfonds beschäftigte. Der Vorstand, Kollege Fuchs, führte in der Sache aus: Der Gedanke, einen Streikfonds zu errichten, sei aufgetaucht, weil eine große Anzahl von Kollegen vorhanden sei, die nach dem Verbandsstatut noch nicht unterstützungsberechtigt sei. Der Zweck sei nun, diesen Kollegen ebenfalls eine Unterstützung zu sichern. Die Zentralverwaltung habe ihre Zustimmung erteilt. Auch soll damit den Unterstützungsberechtigten eine eventuelle Erhöhung ihrer Unterstützung geleistet werden. Er schlägt vor, daß jedes Mitglied 5 Pfg. pro Woche bezahlen soll. Weiblichen und jugendlichen Mitgliedern soll zur weiteren Beratung überlassen werden, ob sie zu der Kasse beitreten wollen oder nicht. Stadtherr beantragt, 10 Pfg. pro Monat zu erheben. Kollege Lehnhard meint, der Lokalstreikfonds soll nur errichtet werden, wenn ein Streik vorkommt. Kollege Koch spricht gegen den Antrag Stadtherr. Letzterer verteidigt seinen Antrag und bezeichnet die Leistung von 5 Pfg. pro Woche für zu hoch. Kollege Simon-Nürnberg will die Frage über die Höhe der Beiträge den Mitgliedern am Ort überlassen, weil es ja eine rein lokale Sache sei. Kollege Appel habe 22 Zahlstellen angeführt, die bereits solch einen lokalen Streikfonds errichtet hätten. Er wolle diese Ausführungen ergänzen: Es seien 6 Zahlstellen vorhanden, die pro Monat 10 Pfg. bezahlen, es seien 3 Zahlstellen vorhanden, die wöchentlich 10 Pfg. bezahlen, dann 2, die pro Monat 20 Pfg. zahlen. Im ganzen seien es von den 22 Zahlstellen 10, die wöchentlich 5 Pfg. bezahlen. Diese Zahlung sei auch diejenige, die sich am leichtesten einführen lasse. Die Notwendigkeit sei vorhanden, um die Sammellisten bei Ausbruch eines Streiks verschwinden zu lassen. Es sei dies auch das richtige, denn die Kollegen hätten eventuell alle ein Interesse an dem günstigen Ausgang eines Kampfes, da sei es auch die Pflicht, gemeinsam dazu beizutragen. Bei Listensammlungen seien es immer ein und dieselben, die ihren Obolus abladen. Wer deshalb dem Verein den Rücken kehre, der wäre so wie so gegangen, auch wenn die höhere Leistung nicht von ihm verlangt worden wäre. Die Schneider zahlen z. B. einen Beitrag von 80 Pfg. pro Monat an die Zentralkasse, die Metallarbeiter ebenfalls 80 Pfg., die Buchdrucker zahlen über 1 Mk. Die Maurer im Sommer 80 und im Winter 15 Pfg. Er wolle übrigens die hiesigen Kollegen nicht beeinflussen, sie sollen selbst wissen, was sie zu thun haben. Kollege Demberger ist für 10 Pfg. Es lief ein Antrag ein, daß sämtliche Mitglieder, auch die weiblichen und jugendlichen, 5 Pfg. pro Woche zahlen sollen. Kollege Feldmüller: Das Kapital könne nur wirksam mit Kapital bekämpft werden. Die schönste Solidarität ginge zu Grunde, wenn die materiellen Mittel fehlen. Er ist dagegen, daß die weiblichen und jugendlichen Mitglieder 5 Pfg. bezahlen sollen und empfiehlt den Antrag des Ausschusses. Eine lebhafte Diskussion entspinnt sich auch über die Höhe des Beitrages. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß man sich erst schlüssig werden müsse, ob überhaupt ein Extrabeitrag erhoben werden soll. Kollege Demberger widerspricht und will über die Höhe des Beitrages abgestimmt wissen. Stadtherr zieht seinen Antrag zurück. Der Vorsitzende empfiehlt die Frage bezügl. der weiblichen Mitglieder vorläufig zurückzustellen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen. Die Kasse soll vom 1. Januar 1903 ab rückwirkend in Kraft treten. Der Vorsitzende gibt hierauf den zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Konferenz für die Westpfalz, welche am 11. Januar in Pirmasens tagen soll, bekannt und stellt ihn zur Diskussion. Ein Antrag wird eingebracht, auf der Konferenz zu verlangen, daß Zahlstellen mit über 1000 Mitgliedern 4 Delegierte entsenden dürfen. Derselbe wird angenommen. Die Kollegen Anton Fuchs und Heinrich Feldmüller werden hierauf einstimmig zu Delegierten gewählt. Es folgt nun der letzte Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Differenzen bei der Firma Ed. Rheinberger. Der Vorsitzende erläutert die Entstehung der Differenzen. Es sei zwei Kollegen (Zuschneider) unter Verhältnissen gekündigt worden, die auf eine Maßregelung schließen ließen. Dem Kollegen Wilhelm, der 7 Jahre in dem Betriebe beschäftigt war und erst noch ohne seine Anregung 1 Mark Lohnaufbesserung erhalten hatte, wurde wegen angeblich schlechter Arbeit gekündigt. Seine Kollegen sind der Ansicht, daß der Werkführer Bischoff den Grund geradezu gesucht habe, denn jeder Zuschneider mache einmal einen Fehler. Der Kollege hatte sich noch erboten, den Schaden zu ersetzen, aber vergebens. Der zweite Kollege war 8 Jahre im Geschäft. Er soll sich frech gegen den Zuschneidermeister benommen haben, nachdem ihm der Vorwurf gemacht war, er habe Schablonen im Besitz gehabt, die er angeblich nicht haben wollte. Der betreffende Kollege gibt an, er habe es nicht gewußt, daß die Schablonen an seinem Platz gewesen seien, bei näherem Nachsehen aber habe er sie gefunden und glaubt, daß ein anderer Kollege sie zu ihm hin gehängt hat. Wegen dieser Geringfügigkeit wurde der Arbeiter von dem Zuschneidermeister beleidigt. Dieser verbat sich die Beleidigung und ihm wurde gekündigt. Der Fabrikausschuß sei wegen Zurücknahme der Kündigung bei Herrn Rheinberger vorstellig geworden, dem Vorsitzenden des Ausschusses wurde bei dieser Gelegenheit auch gekündigt, weil er sich erlaubte, den Fabrikbesitzer auf die Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Es seien nun Versuche von der Ortsverwaltung und von Kollege Simon gemacht worden, um eine Aussprache mit Herrn Rheinberger herbeizuführen, jedoch vergeblich. Ein weiterer Versuch beim Vorstand des hiesigen Fabrikantenvereins in dieser Sache war ebenfalls erfolglos. Nun wurde der Fabrikausschuß nochmals beauftragt, vorstellig zu werden. Auch diesen weigerte sich Herr Rheinberger zu empfangen, trotzdem er früher versicherte, den Fabrikausschuß nehme er immer an. Schließlich hörte er den Kollegen März und später Stadtherr an, um ihnen zu erklären, daß er weder die Kündigung des Kollegen Gensheimer noch die der beiden anderen zurücknehme. Bezüglich der beiden letzten Kollegen hatte Herr Rheinberger ebenfalls vorher erklärt, diese würde er eventuell wieder behalten. Auch hier hielt er sein Wort nicht. Kollege März trug den ganzen Sachverhalt der Versammlung vor. Darauf ergriff Kollege Simon das Wort, um der Versammlung klar zu machen, was die Haltung des Herrn Rheinberger und des Fabrikantenverbandes für einen Zweck habe. Das Verhalten derselben zeige ganz deutlich, daß man beabsichtige, einen Konflikt an den Haaren herbeizuziehen zu wollen. Man beabsichtige nicht nur, den unbequemen Schuhmacherverein zu ruinieren, die Herren hätten auch die Absicht, die kleinen Fabrikanten, die ihnen ebenso unbequem seien, zu vernichten. Es komme nun auf die Versammlung an, was für ein Entscheid getroffen werden soll. In der Rheinbergerschen Zwickfiliale in Clausen hätten sich von 42 Zwickern 21 an einer Abstimmung beteiligt, dabei hätten sich 19 solidarisch erklärt, einer sei dagegen gewesen und einer habe weiß gestimmt. Nachträglich seien noch zu den 19 zwei dazu gekommen, die der Versammlung nicht beiwohnen konnten. Sämtliche Zwicker in der Rheinbergerschen Fabrik haben sich ebenfalls solidarisch erklärt, jedoch von den 42 Zuschneidern nur 22. An die Ausführungen der Vorredner knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Sämtliche Redner erklärten die Kündigung als eine planmäßig in Scene gesetzte Maßregelung und befürchten ein Umsichgreifen derselben. Interessant sind noch die Ausführungen eines Kollegen über den Werkführer Herrn Bischoff. Derselbe habe bei der geringsten Gelegenheit die Zuschneider freche Kerl, Esel, Rindvieh, Holzbock, Steinklopfer ꝛc. genannt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Nach Entgegennahme des Berichtes über die Differenzen in der Rheinbergerschen Schuhfabrik ist die Versammlung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Kündigung der drei Zuschneider als eine Maßregelung zu betrachten ist. Die Versammlung erklärt sich mit den Gekündigten solidarisch und verspricht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für dieselben einzutreten." Hierauf dankte der gemaßregelte Kollege Gensheimer der Versammlung für das Entgegenkommen und gab die Erklärung ab, daß alle drei auf ein Weiterarbeiten bei Rheinberger verzichten. Dagegen erhob sich stürmischer Protest, worauf Kollege Simon ausführte: Ich begreife die Stimmung, die Sie beseelt. Auch mir wird es angesichts der Thatsache, daß eine offenkundige Maßregelung vorliegt, nicht leicht, der Verzichtleistung, welche der Kollege Gensheimer im Namen seiner zwei Kollegen ausgesprochen hat, mich anzuschließen. Und trotzdem, wenn ich alles berücksichtige, wenn ich ganz besonders berücksichtige, daß ein Teil der Arbeiter der Firma Rheinberger, die seither ihren Fabrikanten als einen Mann betrachteten, welcher keinem Arbeiter zu nahe trete, die aber hoffentlich durch das Verhalten dieser Firma eines andern belehrt werden, sich feige zurückgezogen haben, muß ich mich dieser Verzichtleistung anschließen. Selbstverständlich hat der Verein deutscher Schuhmacher die Verpflichtung, die drei Kollegen ausreichend zu unterstützen und zwar so lange, bis dieselben andere Arbeit gefunden haben. Den Fabrikanten soll aber die heutige Versammlung ein Menetekel sein. Sollten die Herren in der Weise fortfahren, so wird eine zweite Versammlung eine Verzichtleistung nicht mehr annehmen, wir würden dann gezwungen, den Kampf aufzunehmen. Wir sind uns der Verantwortung, die wir tragen, bewußt, dies ist aber bei den Fabrikanten nicht der Fall, sonst würden sie die Arbeiter nicht in der Weise provozieren. Wenn dann durch einen uns aufgezwungenen Kampf namenloses Elend über die Stadt Pirmasens hereinbricht, wenn das ganze Geschäftsleben darniederliegt, dann soll sich das hiesige Bürgertum bei den Schuhfabrikanten bedanken. Die Fabrikanten sind gewarnt, mögen sie thun, was sie zu verantworten in der Lage sind. Nachstehende Resolution wurde sodann gegen eine starke Minderheit angenommen: „Die heute am 4. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher erklärt, daß sie die Kündigung der drei Zuschneider bei der Firma Ed. Rheinberger als ungerechtfertigt resp. als Maßregelung betrachtet. Nachdem aber die drei Zuschneider auf eine Weiterbeschäftigung bei der Firma Ed. Rheinberger verzichten, erklärt die Versammlung, von einem weiteren Vorgehen in dieser Angelegenheit abzusehen. Die Versammlung erwartet von der Firma, daß die Erklärung, welche Herr Ed. Rheinberger dem Arbeiterausschuß resp. einzelnen Mitgliedern desselben abgegeben hat, daß es ihm fern läge, irgend welche Maßregelungen vorzunehmen, auch gehalten wird. Insbesondere erwartet die Ver-

sammlung, daß den Zuschneidern bei der Firma Rheinberger seitens der Werkführer und Vorarbeiter eine anständige Behandlung gewährleistet wird. Sollten aber trotz dieser Erklärung wider Erwarten weitere Kündigungen bezw. Entlassungen, welche den Umständen nach als Maßregelung zu betrachten sind, vorgenommen werden, so verpflichten sich die Mitglieder, mit aller Energie für die Zurücknahme der Kündigungen einzutreten und etwa zu unternehmende Schritte der Rheinbergerschen Arbeiter moralisch und finanziell zu unterstützen."

Ulm. Zu dem Artikel „Lederhändler und Schuhhändler" in Nr. 50 möchten wir noch folgendes zur Aufklärung mitteilen: Die Schuhmacherinnung hatte eine Versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu der neuen Konkurrenz, wozu auch der Gesellenausschuß eingeladen war. Nachdem man des längern für und wider gesprochen hatte, kam man zu keinem andern Resultat, als der Gewerbefreiheit die Schuld beizumessen, daß ein jeder ins Handwerk pfuschen kann. Es bleibe nichts weiter übrig als bei Altmann nichts mehr einzukaufen. Auch die 20 Prozent mehr Arbeitslohn, die er seinen Arbeitern geben wolle, haben nur den Zweck, die guten Arbeiter, die schon Jahre lang bei ihren Meistern arbeiten, denselben wegzunehmen. Von den Arbeitern wurde hierauf erwidert, das Herr Altmann thatsächlich 20 Proz. mehr bezahle, somit die Arbeitslöhne nicht herunterdrücke, sondern hebe, die Arbeiter hätten keine Veranlassung gegen Altmann vorzugehen. Auch die Meister hätten keine Veranlassung gegen denselben vorzugehen, indem er für seine Schuhwaren nur hohe Preise verlange, auch beständen schon mehrere Schuhhandlungen, welche von Nichtschuhmachern betrieben werden und die auch Maßarbeit anfertigen lassen, wenn auch nicht in eigner Werkstatt. Der Gesellenausschuß hat den Aufruf weder unterzeichnet noch dafür gestimmt, die Innung hat dies gemacht ohne dessen Wissen. — Weiter können wir von einem sehr frommen Innungsmeister mitteilen, daß er einen Arbeiter, der schon mehrere Wochen bei ihm in Arbeit stand, zum Weihnachtsgeschenk am Heiligenabend aus der Arbeit entließ mit dem Bemerken, er hätte keine Arbeit mehr, heute könne er noch einmal da schlafen, morgen solle er den Hausschlüssel abgeben. Der Arbeiter, der seine Sachen noch bei dem Meister hatte und nicht am Weihnachtsfeste ausziehen wollte, behielt den Schlüssel, als er abends zu Bett gehen wollte, da war das Zimmer verschlossen und der Schlüssel weggenommen, obgleich das Bett leer stand. Gewiß ein Stückchen echter Frömmigkeit des Meisters G. L.

Zur Diskussion über die Abänderung des § 12 Abs. 3 des Statuts der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher ging uns von Kollegen Woitsching in Frankfurt a. O. ein längerer Artikel mit scharfen Angriffen gegen den Vorsitzenden Jaffke und die Delegierten zu. Wir können diese Art Auseinandersetzungen im „Fachblatt" nicht weiter ausdehnen und ersuchen die Mitglieder, sich einfach einer der gefaßten Resolutionen für oder gegen anzuschließen. Der Schlußsatz des erwähnten Artikels lautet: „Sollte das Verlangen der Dresdener Kollegen, Unterschriften zu sammeln und somit eine außerordentliche Generalversammlung herbeizuführen, dem ich mich voll und ganz anschließe, nicht zustande kommen, um diesen Beschluß umzustoßen, so ist es Pflicht und Schuldigkeit jedes etwas human denkenden Mitgliedes zur nächsten Generalversammlung nur Männer zu entsenden, die Recht und Unrecht unterscheiden können."

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Nachstehend als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hierdurch für ungültig erklärt: B.-Nr. 35947, Johann Fröse, geb. 2. Oktober 1849 zu Barendt, eingetr. am 29. Novbr. 1901 in Harburg; B.-Nr. 34920, Alois Munder, eingetr. am 21. Juni 1902 in Rosenheim, zur Zeit in Augsburg; B.-Nr. 4289, Johann Sorg, eingetr. am 21. März 1897 in Stuttgart, z. Z. in Stuttgart; B.-Nr. 29402, Aug. Sudek, eingetr. am 6. Mai 1867 in Ulm, z. Z. in Ulm; B.-Nr. 43549, Jos. Wisluba, eingetr. am 24. August 1902 in Neustadt, O.-Schl., z. Z. in Neustadt.; B.-Nr. 31586, Louis Spitze, geb. am 20. Februar 1862 zu Pödelist, eingetr. am 30. März 1896 zu Berlin.

Auf Antrag der Mitgliedschaft Dresden wurden folgende Mitglieder auf Grund des § 8 Abs. d des Statuts aus dem Verein deutscher Schuhmacher ausgeschlossen: B.-Nr. 33185, Wilhelm Winkler; B.-Nr. 40288, Max Liersch; B.-Nr. 28488, Richard Roth; B.-Nr. 18229, Julius Wollmann; B.-Nr. 35058, Wilhelm Kaulfuß; B.-Nr. 30110, Josef Frost; B.-N. 4029, Hermann Rudolf; B.-Nr. 17795, Robert Weinert; B.-Nr. 1787, Paul Schwatke. Alle zur Zeit in Dresden wohnhaft.

Nürnberg, den 27. Dezember 1902.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

Augsburg. Es diene den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Vereinslokal nicht mehr im „Walfisch", sondern im „Gasthaus zum Hecht", Kurze Wertachstraße befindet.

Rodalben. Unser Verkehrslokal befindet sich von jetzt ab bei August Michel.

Sandheim. In der letzten Mitgliederversammlung und gleichzeitigen Gründung einer Zahlstelle wurden folgende Personen in den Vorstand gewählt: 1. Bev. Karl Müller. 2. Bev. Heinrich Prümmer. 3. Bev. Emil Bauer. Reiseunterstützung zahlt der 2. Bev. mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 Uhr ab aus. Das Verkehrslokal befindet sich bei K. Hunnel, „Zum Löwen".

Agitations-Kommission für Rheinland und Westfalen.

Hiermit den Zahlstellen unseres Bezirks zur Kenntnis, daß die

Konferenz

am **Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10½ Uhr** in **Wermelskirchen** im Lokale des Herrn Voß, „Gasthaus zur Post", Telegraphenstraße stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitations-Kommission und der Delegierten.
2. Wie können wir die Agitation wirksamer betreiben. — Referent: Kollege A. Wolfänger aus Wald bei Solingen.
3. Unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. — Referent: Kollege J. Simon aus Nürnberg.
4. Anträge und Verschiedenes.

Wir ersuchen jede unserer Zahlstellen die Konferenz zu beschicken. Bis 50 Mitglieder kann 1 Delegierter entsendet werden, bis 100 Mitglieder 2 Delegierte, über 100 Mitglieder 3 Delegierte. Die Delegierten sind in der Mitgliederversammlung zu wählen. Als Legitimation ist ein von der Ortsverwaltung bescheinigtes Mandat und das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Diejenigen Delegierten und Gäste, welche am gemeinschaftlichen Mittagstisch à 75 Pf., teilnehmen wollen, müssen dieses bis spätestens zum 1. Februar dem Kollegen Otto Roetz in Wermelskirchen, Berlinerstr. 75 melden. Wir raten die rechtzeitige Meldung nicht zu versäumen, weil andere günstige Speisegelegenheit am Orte nicht vorhanden ist.

Die zugesandten Fragebogen sind von der Ortsverwaltung gewissenhaft auszufüllen und spätestens bis zum 22. Januar an den Vorsitzenden der Agitations-Kommission einzusenden.

Bis zum gleichen Zeitpunkt müssen auch die Beiträge der Zahlstellen an die Agitations-Kommission für das Jahr 1902 an den Kassierer Martin Maisfarth, Köln, Sternengasse 64 II eingesandt werden.

Köln, den 13. Januar 1903.

Die Agitations-Kommission.
J. A.: J. Woznial, Vorsitzender,
Köln, Zülpicherstr. 3.

Bekanntmachung

Folgende Mitglieder der Zahlstelle Burg mußten wegen Nichtbezahlung der Beiträge ausgeschlossen werden: Otto Kolbitz, Paul Scheffelmann, Friedrich Kupfernagel, Otto Seifert, Anna Voigt.

Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof I. 2 Tr.

Lehrplan für das 1. Quartal 1903.

Montag: National-Oekonomie (Deutsche Reichsfinanzen und Reichssteuermesen); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard.
Dienstag: Natur-Erkenntnis (Anatomie des Menschen); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
Donnerstag: Geschichte (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung); Vortragender: Schriftsteller Max Schütte.
Freitag: Rede-Uebung (Uebungen in mündlicher Rede und in dem schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie: Montag, den 12. Januar; Natur-Erkenntnis: Dienstag, den 13. Januar; Geschichte: Donnerstag, den 15. Januar; Rede-Uebung: Freitag, den 16. Januar. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um ½11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kurses im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Demminerstr. 82; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engelufer 15.

Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet der Arbeiter-Bildungsschule bei!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. H. Nr. 91 Hamburg.)

In der Sitzung des Vorstandes am 17. Dezember 1902 sind die folgenden Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 5 al. a des Statuts aus der Kasse ausgeschlossen worden: J. Henninger 11426, F. Kammholz 20752, Karl Bleß 13860, Fr. Elemann 13849, P. Lüdike 4849, G. Walter 6262, H. Lewandowski 6269, A. Wolff 8814, F. Strehlow 8844, A. Nickel 16244, P. Mühlenhaupt 23448, G. Nessau 2728, Fr. Baumann 4844, Fr. Bahlke 4850, A. Jankowsky 10680, Paul Glieber 19224, E. Kirsten 11828, Paul Tippner 11833, Paul Hentschel 11818, E. Helbig 11843, Rob. Tschorn 11889, Chr. Grimmsmann 18722, A. Hauke 15898, W. Hollandt 7643, Pankratz Schubert 10967.

Hamburg, den 3. Januar 1903.

Jul. Jaffke, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 20. Dezember bis zum 3. Januar: Endingen 80,—, Kaiserslautern 100,—, Witten 140,—, Oberteshausen 200,—, Aachen 80,—, Heidelberg 80,—, Gonsenheim 80,—, Seligenstadt 75,—, Kirchhain 100,—, Wilhelmshaven 60,—, Charlottenburg 200,—. Summa 1145,— Mk.

Zuschuß erhielten: Göppingen 50,—, Münden 25,—, Löbau 160,—, Weisenau 518,—, Seckbach 25,—, Niederroden 200,—, Neumünster 50,—, Oppenheim 90,—, Bieber 100,—, Breslau 50,—, Schmalkalden 100,—, Klein-Steinheim 100,—, Darmstadt 40,—, Zuffenhausen 60,—, Groß-Steinheim 100,—, Mainz 100,—, Heidenheim 100,—, Speyer 40,—, Hedelfingen 50,—, Neustadt a. d. H. 200,—, Klein-Auheim 50,—, Marbach 30,—, Wilster 100,—, Reutlingen 50,—, Eßlingen 65,—, Gießen 40,—, Tuttlingen 150,—, Coblenz 120,—, Rödelheim 100,—, Grießheim 50,—, Fürth 150,—. Summa 3063,— Mk.

Krankengeld an einzelne Mitglieder: Arndt-M.-Gladbach 19,—, Laschke-Schwalheim 21,45, Bugner-Hechtsheim 22,80, Geisenhof-Groß-Umstadt 26,—, Mörseburg-Frankfurt 27,—, Heinze-Frankfurt 7,50, Behrens-Großvorsel 24,—, Schwarz-Aschaffenburg 24,—, Heuter-Bonn 11,40, Helfrich-Waldfischbach 12,—, Steeb-Bodelshausen 7,50, Arnold-Miesbach 16,50, Weidmann-Bischofslein 18,—, Nermuth-Rosenheim 11,40, Zimmer-Langendreer 14,—, Nebe-Dalwigkstthal 12,—, Kokmann-Krempe 20,—. Summa 294,55 Mk.

Hamburg, den 3. Januar 1902.

H. Ebel, Hauptkassierer.

Achtung Kollege!

Wir liefen dir den Jahrgang 1877/78 „Der Wecker" der Schuhmacher und trotz Zusage pünktlicher Rücklieferung kamen wir bis jetzt nicht in den Besitz. Wir bitten nunmehr dringend um Zurücksendung.

Die Redaktion des „Fachblatt".

Briefkasten.

Berichterstatter in Pirmasens. Ich bitte dringend dafür zu sorgen, daß die Berichte nicht wie bisher Dienstags, sondern stets Montags früh hier eintreffen. Es macht uns immer große Schererei. Gruß.

P. Fuchs, Pirmasens. Sie finden das Gewünschte doch in den Abrechnungen. Im Reichstag 6 Mk. per Tag.

R. Albrecht, Kiel. Wenn Sie uns nicht genauer den Jahrgang angeben können, können wir leider Ihrem Wunsch, das Gedicht „Der Frühling" von G. R. Neuhaus abzudrucken, nicht entsprechen. Gruß.

Th. B., Mitglied des Vereins in Nürnberg. Lederhandlung: Landtagsabg. Funk in Frankfurt a. M.; Holznägel: Karl Ertel in Bodenmais, Bayr. Wald; Werkzeuge: R. Kobtzsch in Dresden, Frauenkirche und B. Rohrbeck in Köln a. Rh.; Täks: Maschinenfabrik Mönus in Frankfurt a. M. und Moravia in Olmütz i. B. Das andere von Pocher u. Danker in Leipzig. Leisten: Behrens in Alfeld i. H.

Herzlichen Dank

für die uns beim Jahreswechsel aus der Mitte der Kollegenschaft so zahlreich zugegangenen herzlichen und freundlichen Glückwünsche, die wir bestens erwidern.

Redaktion und Expedition des „Fachblatt".

Wegen Raummangel mußten verschiedene Berichte bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt in:

Altenburg am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr im „Schwarzen Adler", Kesselgasse 19.
Altona am Montag, den 12. Januar, abends 9 Uhr bei Herrn Geik, Kl. Freiheit 87.
Augsburg am Sonntag, den 11. Januar, nachm. 3½ Uhr im „Gasthaus zum Hecht", Kurze Wertachstr. (Generalvers.)
Bielefeld am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr in der „Zentralhalle", Kaiser Wilhelmsplatz.
Brandenburg am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr bei Winkel, Hauptstr.
Bremen am Montag, den 19. Januar, abends 9 Uhr im „Vereinshaus", Hanken-Straße 21/22.
Burg am Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Chemnitz am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr im Gasthaus „Stadt Meißen", Rochlitzer Str. 8. (Generalvers.)
Cottbus am Sonntag, den 11. Januar, nachm. 5 Uhr bei Liesk, Schloßkirchstr. 12. (Generalversammlung.)
Danzig am Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr bei Herrn Ch. Schatz, Fischmarkt 6.
Erlangen am Sonnabend, den 17. Januar, abends 8½ Uhr im „Restaurant schwarzer Adler", Pfarrstr. 12.
Groß-Lichterfelde am Montag, den 12. Jan., abends 8½ Uhr bei Herrn Lähn, Neue Dorfstr. 7.
Kiel am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr im „Englischen Garten".
München I am Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr im Restaurant „Dall Armi", Frauenplatz 6.
Netzschkau am Sonntag, den 11. Januar, nachm. ½6 Uhr bei Herrn Joh. Wolframm, Feldstr.
Nürnberg am Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr in der „Sängerhalle", Hummelsteinerweg.
Nürnberg am Montag, den 19. Januar, abends 8 Uhr im „Goldenen Mörser, Dötzschmannsplatz.
Posen am Sonntag, den 11. Jan., nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Karl Berndt, Tiergartenstr. 10. (Generalvers.)
Potsdam am Montag, 12. Januar, abends 8½ Uhr im Lokal der Witwe Glaser, Kaiser Wilhelmstr. (Generalvers.)
Roßwein am Sonnabend, den 10. Januar, abends ½9 Uhr im Lokal „Wettinhöhe". (Generalversammlung.)
Stadtilm am Montag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr.
Seifhennersdorf am Sonntag, den 11. Januar, nachm. 2 Uhr bei Herrn Hanel, „Gasthof zur Reichsgrenze", Warnsdorf i. B.
Stettin am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr in dem „Gewerkschaftshaus", Bismarck-Straße 10.
Karlsruhe am Montag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr im Lokal „Zum Storchen", Gartenstr. 4.
Stuttgart am Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus zum goldenen Bären", Eßlingerstraße 17/19. (Schoßarbeiter.)
Ulm am Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr im „Gasthaus zum Hohentwiel", Fischerstraße. (Generalversammlung.)

Oeffentliche Versammlungen.

Dresden am Dienstag, den 13. Januar, abends 9 Uhr im Dresdener Volkshaus, Zimmer 6—7, Ritzenbergstr. 2.

Die Kalkulation

der

Ober- und Unterleder und Stoffe

zur

Schuh- und Stiefelerzeugung

verbunden mit einer **Berechnung der einzelnen Gattungen und Felle zum vorteilhaftesten Lederausschnitt** und **zahlreichen Illustrationen,** die den Lesern die Kalkulation ganz außerordentlich erleichtern.

Preis nur 1,25 Mark.

Zu beziehen durch den **Verlag der „Fachzeitschrift"** in **Gotha.**

Werkzeuge, prima Qualität, für Hand- und mechanischen Betrieb.

Spezialität: **Schwedische Messer,** versch. Facons,

Alleinige Niederlage schwedischer Brennegeräte.

E. Vögtle, Berlin N., Lothringerstr. 22.

Langjähriges Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.

Man verlange neuestes Musterbuch nebst Preisliste gratis u. franko

---

Geübter Modelleur

und **Schäftemacher** für Schuhfabrik zum sofortigen Antritt für dauernde Stellung gesucht. Offerten an

A. Trommler, Zwönitz i. S.

Redaktion, Druck und Verlag von W. Bock in Gotha.